

Die vertagte Demokratie — zur politischen Dimension der öffentlichen Meinung

Erik Ode

Was heißt »Die vertagte Demokratie«?

»Der Umriß eines Gespenstes, das, was das demokratische Bewußtsein heimsucht. Das Gespenst hat Rechte und Machtbefugnisse. [...] Weshalb muß die parlamentarische Demokratie sich in acht nehmen vor dem, was doch der Quelle ihrer Legitimität ähnelt?«¹

Mit diesen Worten beginnt ein Essay, dessen Titel hier als Leihgabe und Diskussionsfolie dient. Der Autor heißt Jacques Derrida. *Die vertagte Demokratie* erscheint im Jahr des Mauerfalls 1989, einer Zeit politischer Umbrüche und ungewisser Zukunftsaussichten.

Jacques Derrida (1930-2004) — Dekonstruktion und die Frage nach der Wahrheit

Der französische Philosoph gilt als Begründer einer komplexen Denkweise mit Namen *Dekonstruktion*, in deren Zentrum die Frage nach der Wahrheit steht, welche jedoch völlig anders gestellt wird, als das in der philosophischen Tradition der Fall war. Es geht um die Freilegung versteckter Grundlagen in überlieferten Dokumenten, die im Rahmen einer veränderten Lesart nicht die *eine* Wahrheit oder den *einen* Sinn offenbaren, sondern je nach Perspektive immer neuen und damit stets ›aufgeschobenen‹ Sinn erzeugen. Dieser Traditionsbruch wird in zahlreichen Disziplinen registriert — nicht immer mit Wohlwollen. Die gängigste Kritik richtet sich auf die Unentscheidbarkeit der Wahrheitsfrage, die Beliebigkeit provoziere, und die Verlässlichkeit von Aussagen und Werten untergrabe. Der von französischen Theoretikern beförderte *Wahrheitspluralismus* trifft seit den 1970er Jahren auf den Widerstand einer etablierten wissenschaftlichen Praxis, deren Vertreter darauf bestehen, daß elementare Fragen der menschlichen Existenz keinen Aufschub und keine Unentschlossenheit dulden, sondern klar beantwortet werden müssen. Die sog. Postmoderne wird als Modeerscheinung ohne ernstzunehmenden Anspruch diskreditiert. Obwohl solche Ressentiments anhalten — man denke nur an den Vorwurf der »erkrankten Vernunft«, den Joseph Ratzinger 2004 an Derrida richtet, und damit einer gängigen Fehlinterpretation der Dekonstruktion als »Zersetzung« Ausdruck verleiht — vollzieht sich

¹ Derrida, Jacques: Das andere Kap. Die vertagte Demokratie. Zwei Essays zu Europa. Frankfurt. 1992. S. 81.

mit dem Spätwerk eine deutliche Wandlung, die sich auch in der Haltung gegenüber seiner Person niederschlägt.² Er entfaltet dort vor allem die ethische und politische Dimension seines Denkens und mehr noch ist er gewillt, persönlich und öffentlich für das Gesagte einzustehen. In zahlreichen Interviews und Debatten bezieht er Stellung, auch zu unbequemen, aber drängenden Fragen wie Rassismus, globaler Kapitalismus, Krieg und Terror. Politische Freiheit und Demokratie bedingen dieses öffentliche ›In-Erscheinung-Treten‹, auch in Form des *Widerspruchs* — so seine Hauptthese, die an die Verantwortung der Gebildeten erinnern soll, vor allem an die der Universitätsprofessoren, die dem Wortsinn nach nicht bloß Gelehrte sind, sondern ›öffentlich Bekennende‹. Derridas Philosophie der Differenz hat ihr wesentliches Motiv in der Achtung vor dem *Anderen*, dessen Eigenart nicht ohne Weiteres in gewohnte Muster überführt werden kann. Die Identifikation des Fremden berge immer die Gefahr einer gewaltsamen Aneignung. Die Unterschiede bleiben ›im Spiel. Sie sind dynamisch und erstarren nicht in Ideologien und Dogmen. Die Rezeption dieser Denkweise in der Pädagogik richtet sich neben der Erziehung zur Anerkennung vornehmlich auf den Begriff der Bildung, die sich erst dadurch ausweist, öffentlich Einspruch zu erheben, wenn es die Umstände erfordern. Zentrale Bedeutung gewinnt hier der Begriff des Ereignis‘. Bezogen auf das Thema der Tagung würde eine Schlußfolgerung wie folgt lauten: Demokratie ist nicht *gegeben*, vorhanden oder erreicht. Sie ist auch nicht plan- oder herstellbar. Man mag sie verfassungsrechtlich festschreiben und doch mehrten sich die Anzeichen, das wir uns nicht auf sie zu, sondern von ihr weg bewegen. So weist Colin Crouch mit seiner Analyse der *Postdemokratie*³ darauf hin, daß wir uns in der paradoxen Situation befinden, gleichzeitig den historischen Höhepunkt *und* das dramatische Schwinden der Demokratie zu erleben. Sie ereignet sich im Horizont des Unvorhersagbaren, so würde es bei Derrida heißen. Was hier abstrakt und mystisch klingt, wird vielleicht plastischer, wenn man bedenkt, was gerade in der arabischen Welt passiert. Ob der dortigen politischen Entwicklung »eine unbedingte Freiheit der Frage und Äußerung« oder »das Recht, öffentlich auszusprechen, was immer es im Interesse der Wahrheit zu sagen gilt«⁴ vorausgegangen ist,

² Vgl. Marchart, Oliver: »Ein unbedingter Rationalismus. Derrida, die kommende Aufklärung und der Antisemitismus«. In: Lenger, Hans-Joachim u. Georg Christoph Tholen (Hrsg.): Mnema. Derrida zum Andenken. S. 138f

³ Crouch, Colin: Postdemokratie. Frankfurt. 2008.

⁴ Vgl. Derrida, Jacques: Die unbedingte Universität. Frankfurt. 2001. S. 10.

kann ich nicht sicher sagen, wohl aber vermuten. Ganz sicher laufen öffentliche Bekenntnisse, die sich auf diese Freiheit berufen — ungeachtet der Rechtsform des politischen Umfelds — immer Gefahr, »in Opposition zu einer Reihe von Mächten« zu geraten; sei es »staatlicher«, »medialer« oder »ökonomischer« Natur, welche die »kommende und im Kommen bleibende Demokratie einschränken«, wie Derrida in seiner Preisschrift zur *Unbedingten Universität* zu Bedenken gibt.⁵

»Gespenster« — Verschwinden und Wiederkehr

Es war von einem Gespenst die Rede. Gespenster sind nur schwer oder gar nicht erkennbar. Sie widersprechen der Vernunft — und sie machen Angst. Oft werden sie nur von Wenigen wahrgenommen, zeigen sich nur denen (freiwillig), die für ihre Wahrnehmung sensibel genug sind. Wer sie sieht und an sie glaubt, gilt als irrational, wenn nicht psychisch gestört, und wird kaum ernstgenommen. Die Tauglichkeit für politische Theorien erscheint also fragwürdig und doch kennt jeder das geflügelte Wort von Marx, in dem er von jenem »Gespenst« redet, das »in Europa umgeht« und »Kommunismus« heißt. In seinem Sammelband *Marx' Gespenster*⁶ geht Derrida der Frage nach, warum sozialistische Thesen nach wie vor, und der neuen Weltordnung zum Trotz, in vielen Köpfen herumgeistern. Man hat Marx nach dem Ende des Kalten Krieges womöglich vorschnell begraben, so daß er nun als Un-Toter weiter sein Unwesen treibt — was nicht zuletzt daran liegen mag, daß die unschönen Folgen der Globalisierung und der Ausbreitung der primitiven Ideologie von Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung immer deutlicher hervortreten, und man sie nicht mehr so leicht vertuschen oder bagatellisieren kann.

Gespenster stören den zeitgemäßen politischen Akteur, der sich von Experten mit gesichertem Wissen und überprüfbaren Daten versorgen läßt, welche sein Handeln legitimieren und den Argumenten die nötige Überzeugungskraft verleihen sollen. Für die Existenz von Gespenstern gibt es keinen empirischen Beweis. Und so scheint das Unbehagen, z.B. über das grassierende schlechte Image der aktuellen Bildungsreform, auch darin begründet zu liegen, daß es trotz kostspieliger Studien und Kampagnen einfach nicht

⁵ Vgl. Ebd. S. 12.

⁶ Derrida, Jacques: *Marx' Gespenster: Der verschuldete Staat, die Trauerarbeit und die neue Internationale*. Frankfurt. 2005.

gelingen will, das gesellschaftliche Bewußtsein und die öffentliche Meinung nach Belieben zu steuern — beinahe so, als hätte man es mit einem Spuk zu tun, den man nicht loswird.

Zum Begriff der Meinung

Wendet man sich nun der Meinung selbst zu, wird schnell offenbar, daß die bereits angedeutete Flüchtigkeit und ihr widersprüchlicher Charakter schon im Begriff begründet liegen. In erster Annäherung bezeichnet sie »das, was jmd. denkt u. für richtig hält, was seiner Ansicht entspricht«. ⁷ In den häufigen Wendungen »Meiner Meinung nach...« oder »Ich bin der Meinung...« wird ihre subjektive, persönliche Ausrichtung deutlich. Jemand äußert seine Gedanken, gibt ein Statement ab oder tut sein Willen gegenüber einer Sache kund. Man kennt aber auch die Rede von *verschiedenen* oder *geteilten* Meinungen, was auf eine intersubjektive Dimension verweist: Man ist sich *nicht* einig, hat kontroverse Standpunkte und kommt nicht zu einem Konsens oder endet in gewaltsamer Konfrontation. Wo subjektive Ansichten kongruieren, ist man *einer Meinung*, versteht sich und ist sich demzufolge »freundlich gesinnt«. ⁸ Die politische Wirkmacht einer großen Summe von identischen Auffassungen, die zu *der* öffentlichen Meinung werden, ist also kaum von der Hand zu weisen. Im Grunde stellt die Meinungsgleichheit die Voraussetzung für ein Handeln im Sinne der Gemeinschaft dar. Dennoch gilt die Meinung im wissenschaftlichen Diskurs wenig. Das hängt damit zusammen, daß in der klassischen Erkenntnistheorie die Meinung, gr. *doxa*, gegenüber wahrer Erkenntnis, *episteme*, deutlich abgewertet wird. Eine Meinung basiert auf ungeprüfter individueller Wahrnehmung und kann nicht den Status wahren Wissens beanspruchen. Wie präsent diese Geringschätzung nach wie vor ist, läßt sich daran belegen, daß viele Hochschuldozenten nicht unbedingt erfreut sind, wenn sie in akademischen Arbeiten auf Sätze stoßen wie: »Ich bin der Meinung...«.

Die Geschichte der öffentlichen Meinung als Erbe der Aufklärung

Die politische Dimension des hiesigen Gegenstands ist untrennbar mit einer Geschichte verbunden und führt zurück zu Kants berühmten Aufruf, von seiner »Vernunft öffentlichen Gebrauch« zu machen, um sich so im Sinne der Aufklärung zu verhalten. ⁹ Unerläßliche Bedingung für diesen Beitrag ist die *Freiheit*, hier verstanden als Abwesenheit jeder äußeren

⁷ Bünning, Karl-Dieter: Deutsches Wörterbuch. Chur/Schweiz. 1996.

⁸ Vgl. Kluge, Friedrich: Etymologisches Wörterbuch der Deutschen Sprache. 17. Aufl. Berlin. 1957. S. 471.

⁹ Kant, Immanuel: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? (1784)

Beschränkung und Einflußnahme durch Fremdinteressen. Für diesen öffentlichen Vernunftgebrauch gilt, und dies kann man nicht oft genug betonen, daß die *Universität* — von Kant (*Philosophische Fakultät als ›Wächterin der Wahrheit‹*) über Humboldt (*Berliner Reformuniversität*) bis hin zu Derrida (*Die unbedingte Universität*) — als der prädestinierte Ort hierfür angedacht war. Freilich ist der öffentliche Vernunftgebrauch nicht identisch mit der Äußerung einer Meinung und doch gibt es strukturelle Ähnlichkeiten, die hier auf ihre politische Wirkung hin untersucht werden.

Vom Widerspruchscharakter der öffentlichen Meinung

Wesentliches Merkmal der öffentlichen Meinung, auf das Derrida im Begriff des Gespenstes anspielt, ist ihre Unberechenbarkeit. Sie kann sich von Tag zu Tag ändern und ist ungeachtet ihrer gesellschaftspolitischen Effekte oft widersprüchlich und nur schwer zu handhaben:

»Die öffentliche Meinung läßt sich nicht auf die Repräsentation durch die Wählerschaft begrenzen, sie ist von Rechts wegen weder mit dem *Allgemeinwillen* identisch, noch [...] mit einer Summe privater Meinungen, die durch soziologische Techniken und von modernen Umfrageinstituten analysiert werden [...] man zitiert sie, beruft sich auf sie, man bringt sie zum Reden, [...] wie ein Bauchredner es tun würde, ›die schweigende Mehrheit‹, der ›mainstream‹ usw.; doch dieser ›Durchschnitt‹ wahrt zuweilen die Kraft, gegen die Mittel zu opponieren, die dazu taugen, ›die öffentliche Meinung zu lenken‹, er leistet Widerstand gegen die ›Kunst, die öffentliche Meinung zu verändern‹¹⁰

Mit diesen Charakteristika wird nun deutlicher, warum »sich die parlamentarische Demokratie vor ihr [der öffentlichen Meinung, EO] in acht nehmen muß«, wie eingangs zitiert wurde. Was nützt der öffentliche Vernunftgebrauch als Grundlage der Meinungsbildung, wenn von ihm kein stabilisierendes oder friedensstiftendes Potential ausgeht? Was bedeutet es, wenn die von Volksvertretern getroffenen Entscheidungen häufig und in zunehmendem Maße dem Willen der Mehrheit klar widersprechen? Die öffentliche Meinung spaltet sich vom politischen Handeln ab, was als Erklärung für die wachsende Politikverdrossenheit herangezogen werden könnte. Die sichtbare Diskrepanz von parlamentarischen Mehrheitsbeschlüssen und einer andersdenkenden, »schweigenden Mehrheit« ist durchaus besorgniserregend. Die Paradoxie des Sachverhalts, daß man mit dem Recht auf Meinungsfreiheit im Zuge der Aufklärung einen gesetzlichen Rahmen geschaffen hat, der sowohl die *Grundlage* der Demokratie bildet, als auch eine permanente

¹⁰ Vgl. Derrida, 1992: S. 83.

Gegenöffentlichkeit erzeugt, welche in harter Opposition zu politischen Entscheidungen treten kann, vermag nur bedingt zu beruhigen. Die Proteste gegen *Stuttgart 21* sind ein Exempel jener Freiheit gegen Beschlüsse zu rebellieren, die angeblich demokratisch nicht legitimiert wurden, was *de jure* nicht den Tatsachen entsprechen kann. Was in zitierter Passage aber besonders hervortritt, ist die Feststellung, daß es Bestrebungen gibt, die öffentliche Meinung zu *verändern* oder negativ ausgedrückt, zu manipulieren, worauf noch gezielt eingegangen werden soll.

Das Recht der öffentlichen Meinung

In Artikel 5, Absatz 1 unseres Grundgesetzes wird jenes kostbare Gut und unerläßliche Fundament jeder Demokratie aufbewahrt:

»Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten [...] Eine Zensur findet nicht statt«¹¹

Was einst mühsam erstritten wurde und längst nicht überall vorhanden ist, erscheint uns hierzulande wie eine Selbstverständlichkeit, über die man nicht weiter nachdenkt. Ich stelle die These in die Raum, daß genau diese Haltung eine der wesentlichen Ursachen für das Voranschreiten postdemokratischer Entwicklungen ist; ja mehr noch, daß — in dem Fall, wo aus dem Menschenrecht der Meinungsfreiheit keinerlei Verpflichtung mehr erwächst — die Demokratie nicht zu halten sein wird.

Ich möchte dies nun veranschaulichen, nicht ohne mich vorab dafür zu entschuldigen, daß es jetzt etwas primitiver werden könnte, was in der Natur der Sache liegt bzw. den Kern des Problems freilegt.

Im zitierten Paragraphen findet sich die trias »Wort, Schrift und Bild« und es geht *nun* um Letzteres: das Bild oder vielmehr *die* Bild. Postdemokratie äußert sich laut Crouch auch darin, daß die sog. normalen Menschen zunehmend in »politische Apathie versinken«¹², zumal sie daß Gefühl haben, daß sich der Staat nicht um *ihre* Belange kümmert, sondern eher den Interessen der Lobbyisten und Unternehmer nachgibt, die wiederum ihren Einfluß dazu nutzen, das Volk durch Medienerzeugnisse privatwirtschaftlicher Natur (Werbung, Privatfernsehen, Boulevardpresse etc.) vom Denken abzuhalten. Böartig gewendet kann

¹¹ Grundgesetz (GG), Art. 5, Abs. 1, 1. Hs.

¹² Vgl. Crouch, 2008: S. 29.

man mittlerweile dem Befund der Volksverblödung durch Medienkonsum oder der Beschreibung der »Generation Doof« im gleichnamigen aktuellen Bestseller wieder einiges abgewinnen, nachdem man sie längst überwunden geglaubt hatte.¹³ Die Rede ist von einem schleichenden aber gravierenden Qualitätsverlust der öffentlichen Meinungsäußerung als Instrument der politischen Kommunikation, der durch monopolartige Strukturen des Medienmarktes begünstigt wird, wie nun beispielhaft belegt werden soll, und dabei ausnahmsweise mal nicht auf den Bertelsmann-Konzern verwiesen wird, sondern auf Folgendes:

»Der Springer Verlag hat mit einem Marktanteil von rund 80 Prozent das Quasimonopol bei Boulevardzeitungen und eine ausgeprägte Meinungsmacht bei den Tageszeitungen. Seine ›Bild-‹ Zeitung [...] liegt [...] mit 3,4 bis 3,5 Millionen Exemplaren [...] mit großem Abstand an der Spitze«¹⁴

»Dieses Quasi-Monopol ist ein großes Problem. ›Bild‹ macht Politik, oft mehr als der deutsche Bundestag. Das ist ein unerträglicher Zustand«¹⁵

Diese Aussagen stammen aus einer aktuellen Publikation mit dem sprechenden Titel *Meinungsmache. Wie Wirtschaft, Politik und Medien uns das Denken abgewöhnen wollen*. Ihr Autor ist Albrecht Müller, Nationalökonom und ehemaliger Mitarbeiter im Bundeskanzleramt, derzeit als Publizist tätig und mit Wolfgang Lieb Herausgeber der *NachDenkSeiten*. Im Begriff der *Meinungsmache* spitzt sich das Problem zu, auf das mit Derrida bereits hingewiesen wurde: Es gibt Bestrebungen, die öffentliche Meinung nicht als zufälliges und unkontrollierbares Ergebnis subjektiver Denkprozesse zu akzeptieren oder gar als Element politischer Bildung zu verstehen, sondern bewußt und mehr oder weniger kunstvoll auf sie einzuwirken, ja sie industriell zu produzieren.

Auf diese Weise ist es laut Müller möglich geworden, daß die öffentliche Diskussion, z.B. über die Notwendigkeit von Reformen auf Lügen, Mythen und Legenden basiert. Wie

¹³ Bonner, Stefan u. Anne Weiss: *Generation Doof. Wie blöd sind wir eigentlich?* Köln. 2010. Siehe auch: Wiczorek, Thomas: *Die verblödete Republik: Wie uns Medien, Wirtschaft und Politik für dumm verkaufen*. München. 2009. NB: Die vorgebrachten Kritiken an der Verdummung des Volkes unter dem Einfluß der Medien sind so alt wie die Medien selbst. Populäres Thema ist dies spätestens seit Neil Postman in den 1980er Jahren währte, daß wir uns durch die Einflüsse der TV-Industrie »zu Tode amüsieren«. Vgl. Postman, Neil: *Wir amüsieren uns zu Tode. Urteilsbildung im Zeitalter der Unterhaltungsindustrie* [1985]. Frankfurt am Main. 2008.

¹⁴ Müller, Albrecht: *Meinungsmache. Wie Wirtschaft, Politik und Medien uns das Denken abgewöhnen wollen*. München 2010. S. 363.

¹⁵ Müller, 2010: S. 425.

folgeschwer die Erkenntnis war, daß unser Bildungssystem nicht konkurrenzfähig ist, kann man an Bologna und G8 ablesen. Die Fixierung auf Tests und Messungen sind ein teurer Luxus, den wir uns nur gestatten, weil die traurige PISA-Botschaft sich in vielen Köpfen festgesetzt hat. Laut Müller tragen Medien hierfür die Mitschuld, da sie ihre Rolle als »Wächter der Demokratie«, die ihnen z.B. mit dem Recht auf Pressefreiheit zukommt, nicht mehr wahrnehmen. Er beklagt ein »Verschwinden der Medien als kritische Instanz«: Wo sie »unabhängig, wachsam und distanziert sein sollten, um die Vorgänge in Verbänden, Parteien und Eliten kritisch im Blick zu halten, verdingen sie sich aus Gründen der »Kommerzialisierung« und des enormen »Konkurrenzdrucks« in »Kampagnenjournalismus und wirtschaftsnaher Berichterstattung«. Sie befördern »Kommerz statt Aufklärung«, »Verblödung statt Bildung«, so Müller.¹⁶ Damit sind wir wieder mitten im Thema: Bildung und Meinung stehen nicht im wünschenswerten Begründungszusammenhang. Das Erbe der Aufklärung ist scheinbar aufgezehrt; spätestens in dem Moment, wo jene Zeitung — die angeblich keiner liest — öffentlich macht, was wir denken, glauben und meinen sollen:

BILD ist ein Erzeugnis mit größtmöglicher Verbreitung (die Internet-Aufrufe sind in obiger Statistik nicht gar nicht mitgerechnet). Lange schon wird diese Tatsache von den Nachfahren des Bildungsbürgertums belächelt, mit Argwohn betrachtet oder schlicht ignoriert. Über den hier zur Debatte stehenden Einfluß auf politische Entscheidungen, die auf diesen Leser-Mehrheiten basieren, kommt man in gebildeten Kreisen nicht zu sprechen. Fakt ist, daß Medien wie die BILD ihre intendierte Klientel nicht schon in bestimmten gesellschaftlichen Milieus vorfindet, deren Angehörigen man durch Bildungsoffensiven dazu verhelfen könnte, den Unterschied zwischen Wahrheit und Lüge zu erkennen. Vielmehr werden die Mitglieder der sog. bildungsfernen Schicht durch kommerzielle Medien ständig nachproduziert, da ihnen die Rhetorik des Boulevards viel näher liegt als bildungspolitische Lippenbekenntnisse, die in der Realität nicht eingelöst werden. Dies geschieht auch nicht heimlich mittels verborgener Techniken etc. In der aktuellen Kampagne »BILD Dir Deine Meinung!« gibt der Verlag offen und ungeniert zu, sich für die Meinungsbildung und für die Belange des vernachlässigten Volkes zuständig zu fühlen. Wenn man sich die verwendeten Slogans ansieht, könnte man meinen, es tatsächlich mit einem modernen Organ der Aufklärung zu

¹⁶ Ebd. S. 361f

tun zu haben, für das sich selbsternannte Intellektuelle und politisch engagierte Prominente gerne zur Verfügung stellen, um ihre Popularität zum Vorteil von sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit zu nutzen.¹⁷

Postdemokratie und Bullshit

Freilich hat diese Karikatur des öffentlichen Vernunftgebrauchs nicht mehr viel mit dem gemein, was ich zu Beginn erläutert habe. Das alles wäre auch gar nicht der Erwähnung wert, wenn man davon ausgehen könnte, daß Jedem auch nur annähernd Gebildeten klar wäre, daß Medien wie die BILD-Zeitung neben einem leidlichen Unterhaltungswert eben keinen weiteren Wert haben. Sie sind lediglich ein Gradmesser für die Qualität der öffentlichen Meinungsäußerung, deren Niveau in gleichem Maße absinkt, wie sich demokratische Strukturen und eine Allgemeine Bildung, als grundständige Einsicht in die Zusammenhänge unserer Kultur, verflüchtigen. Dadurch daß die Werbeagentur Jung von Matt für erwähnte Kampagne zahlreiche Personen des öffentlichen Interesses gewinnen konnte, wird ein Effekt potenziert, der dafür sorgt, daß Populismen, Halbwahrheiten oder schlicht ›dummes Zeug‹ in die Masse gestreut werden, denen man mit Mitteln der Vernunft kaum widersprechen kann, da sie sich außerhalb jener Logik bewegen, auf die man bislang in weiten Teilen der Bevölkerung zählen konnte. Ob die empörte Absage von Judith Holofernes, Sängerin der Gruppe *Wir sind Helden*, auf die Anfrage der Agentur Anlaß zur Hoffnung auf öffentlichen Widerspruch gibt, weiß ich nicht. Jedenfalls hat ihr Statement im Februar 2011 große Aufmerksamkeit erhalten — in der TAZ und im Auftrag der BILD, wohlgemerkt —, welche bislang vorgebrachte Thesen zu bestätigen scheint:

»Die Bildzeitung ist ein gefährliches politisches Instrument — nicht nur ein stark vergrößerndes Fernrohr in den Abgrund, sondern ein böses Wesen, das Deutschland nicht beschreibt, sondern macht. Mit einer Agenda.«¹⁸

Wer es *noch* drastischer mag oder weitere Belege für die Feststellung sucht, daß die BILD das einflußreichste Bildungsmedium der Gegenwart ist, kann sich dem Befund der Berliner Punkrock-Formation *Die Ärzte* anschließen:

¹⁷ Für die Kampagne gewonnen wurden u.a. Alice, Schwarzer, Udo Lindenberg, Johannes B. Kerner und Hans-Dietrich Genscher.

¹⁸ http://blogs.taz.de/hausblog/2011/02/27/bild-zeitung_wirbt_mit_holofernes-absage/ (aufgerufen am 01.11.2011)

»Die meisten Leute haben ihre Bildung aus der BILD
Und die besteht nun mal, wer wüsste das nicht
Aus Angst, Hass, Titten und dem Wetterbericht«¹⁹

Natürlich ist es selbst populär und manchmal auch populistisch über den geistigen Abstieg unserer Gesellschaft zu philosophieren und gerade in vermeintlich aufgeklärten Kreisen ist es ein dankbares Geschäft über den alltäglichen Schund herzuziehen, der z.B. in Form immer neuer Trash-Exzesse in einem völlig enttabuisierten und entpolitisierten Privatfernsehen auf die Menschheit losgelassen wird. Intellektuelle Entrüstung über aufwendig produzierten Abfall ist aber weder eine große Kunst, noch hilfreich bei der Beseitigung desselben — vielmehr ist das genaue Gegenteil ist der Fall. Je mehr sich aufregen, desto mehr gibt es. Was fehlt, sind echte Antworten. Einen der wenigen Versuche unternimmt der amerikanische Philosoph Harry Gordon Frankfurt:

»Zu den auffälligsten Merkmalen unserer Kultur gehört die Tatsache, daß es so viel Bullshit gibt. Jeder kennt Bullshit. Jeder trägt sein Scherflein dazu bei. Und doch neigen wir dazu, uns damit abzufinden. Die meisten Menschen meinen, sie seien in der Lage, Bullshit zu erkennen und sich vor ihm zu schützen, weshalb dieses Phänomen bislang wenig ernsthaft Aufmerksamkeit gefunden hat und nur unzulänglich erforscht worden ist. Das hat zur Folge, daß wir nicht sonderlich genau wissen, was Bullshit ist, warum es so viel davon gibt und welchen Zwecken er dient. Und es fehlt an einer gewissenhaft entwickelten Einschätzung dessen, was Bullshit für uns bedeutet. Mit anderen Worten: Wir besitzen keine Theorie«²⁰

Das Büchlein *On Bullshit* wird 2005 auch zum Bestseller, was die These der Existenz einer schweigenden Mehrheit untermauert. Nur Bücher zu lesen, die ein wenig Trost angesichts der desolaten Verfassung unserer Kultur versprechen, ist aber nicht ausreichend. Es muß in Zukunft darum gehen, den Bullshit, Mumpitz, Schwachsinn oder einfach ›Scheiß‹ nicht weiter mit Empörung zu adeln; gerade nicht in einer Zeit, in der Aufmerksamkeit, gleich welcher Art, die wichtigste Kapitalform ist, wie Georg Franck herausgestellt hat.²¹ Nach Frankfurt liegt es im Wesen des Bullshits begründet, daß ihm bzw. seinen Produzenten die »Unterscheidung zwischen wahr und falsch«, die wir vielleicht noch für wichtig halten, »vollkommen gleichgültig« ist²²; es also nur darum geht, überhaupt Meinungen zu äußern und Behauptungen aufzustellen, die sich kaum anmaßen, irgend etwas über die Dinge, wie sie wirklich sind, zu wissen. Die Verbindung zur Wahrheit fehlt.

¹⁹ Die Ärzte: Lasse redn. Album: Jazz ist anders.

²⁰ Frankfurt, Harry G.: Bullshit. Frankfurt. 2006. S. 9.

²¹ Franck, Georg: Ökonomie der Aufmerksamkeit. Ein Entwurf. München. 1998.

²² Vgl. Frankfurt, 2006: S. 39.

Insofern wird es wenig nützen, die alltäglichen medialen Ergüsse, welche auf Quoten abzielen und dabei das Recht auf Meinungsfreiheit zweckentfremden, auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu prüfen. Und dabei rede ich jetzt nicht mehr nur von der BILD oder RTL, sondern jeder Quelle der Meinungsbildung. Bullshit ist fester Bestandteil der öffentlichen Meinung geworden, hat sie nachhaltig infiziert. Es ist also nicht mehr damit zu rechnen, daß Wahrheit überhaupt ein Kriterium öffentlicher Auseinandersetzungen ist und z.B. politische Aussagen oder Versprechungen, die sich als Lügen herausstellen, gebrandmarkt oder rechtlich geahndet werden, denn hierfür bräuchte es einen verlässlichen Standpunkt und autorisierte Sprecher außerhalb des Diskurses.

Zu den beschriebenen Phänomenen paßt, daß gestandene Politiker mittlerweile auf *Facebook* und *Twitter* lustiges und unterhaltsames Allerlei posten, ihre Gefühle öffentlich entblößen und sich so der Masse, die sie wählen soll, anpassen. Man hat erkannt, daß soziale Netzwerke den Inbegriff moderner Kommunikation darstellen, und man sich die Tatsache durchaus zunutze machen kann, daß immer mehr Menschen ihre Lebenszeit damit verbringen, Unmengen privater Daten ungefragt und ungefiltert hoch- oder runterzuladen.

Das Problem des Bullshits in öffentlichen Meinungsäußerungen ist nicht, das es ihn gibt; er gehört auch nicht abgeschafft. Die Krise besteht darin, daß er sich enorm ausbreitet und alle Lager und Klassen betrifft. Dies ist, so eine Anschlußthese, auch deshalb der Fall, da ihm das kritische Gegengewicht in Form aufgeklärter politischer Subjekte entzogen wird, deren Bildung man derzeit systematisch unterbindet. Es ist eine erschreckende Tatsache, daß sich die Demokratie, wie wir sie kennen, in eine Richtung entwickelt hat, in der Mehrheiten und Wahrheiten zunehmend gegeneinander ausgespielt werden. Mehrheiten lassen sich generieren, indem man die öffentliche Meinung durch das Schüren von Ängsten oder das Bedienen des Massengeschmacks manipuliert und das Volk vom kritischen Nachdenken abhält, während die Äußerung unpopulärer und unzeitgemäßer Wahrheiten mehr und mehr zur Aufgabe von Einzelgängern wird, die der medialen Macht oft ohnmächtig gegenüberstehen.

Presse, Pressefreiheit und die ›neue Zensur‹ der fehlenden Sichtbarkeit:

Ich komme zum Schluß: Gespenster sind schwer greifbar. Sie bewegen sich im Zwischenraum von Verschwinden und Sichtbarkeit. Die öffentliche Meinung ist ein solches Gespenst. Die

Gefahren für die Demokratie, die sich aus ihrer Ambivalenz ergeben, sind umrissen und doch wäre die Zeitdiagnose nicht vollständig, wenn man nicht darauf hinwiese, daß sich der Zerfall des Grundrechts auf Meinungsfreiheit nicht nur auf die Qualität und den Inhalt bezieht, sondern auch auf die Bedingung der Äußerung: Laut Derrida haben wir es mit einer »neuen Zensur«²³ zu tun, die unsere demokratischen Strukturen bedroht, und die es bekämpfen gilt:

Durch Monopolisierung und Machtkonzentration auf dem Feld der Medienproduktion und -verbreitung wird jeglicher Gegenstand, der sich nicht an der Logik des Marktes mißt, »an den Rand gedrängt oder zum Schweigen gebracht«²⁴ »Ein Werk, das die Bedingungen der Sichtbarkeit nicht erfüllt [...] d.h. »mehr als zehntausend verkaufte Exemplare« [...] ist nicht mehr als eine „vertrauliche, private Korrespondenz«²⁵

Hätte die Hegemonie der Quote schon immer Bestand, würden wir Nietzsche, Kafka oder Joyce gar nicht kennen.²⁶

Es bleibt nach dieser Analyse fraglich, ob eine wirkliche ›Öffentlichkeit‹ im Sinne der Aufklärung überhaupt möglich ist und welche Bedingungen herrschen müßten, um sie zu erreichen. Ist die vertagte Demokratie letztlich doch eine zurückgestellte, ausgesetzte, eine auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verlegte?

Im Anschluß an Derrida oder Albrecht Müller ergeben sich folgende Möglichkeiten:

Die erste wäre die Rückbesinnung auf ein altes Prinzip — *soziale Verantwortung*. Diese muß dann aber im vollen Wortsinn als »Recht und Pflicht der Antwort« begriffen werden, welche es »dem Bürger gestattet, mehr zu sein als nur der [...] Bruchteil einer passiven ›Öffentlichkeit‹, einer Öffentlichkeit, die nur aus Verbrauchern sich zusammensetzt und darum zwangsläufig beschädigt ist.«²⁷ Die Demokratie auf Basis einer solchen Verantwortung ist nicht aufgeschoben, sondern tagtägliche Aufgabe.

Müller endet sein Werk mit dem Aufruf zur Schaffung *einer* bzw. *vieler* »Gegenöffentlichkeiten«, die dazu dienen sollen, über die gezielte Manipulation der

²³ Vgl. Derrida, 1992: S. 92.

²⁴ Vgl. Ebd.: S. 91: »Man muß ebenfalls gegen die Wirkungen einer Zensur im weiteren Sinne kämpfen, gegen eine — wenn ich so sagen darf — »neue Zensur«, welche die liberale Gesellschaft bedroht, gegen Akkumulation, Konzentration, Monopolisierung, kurz: gegen alle quantitativen Phänomene, die jenes an den Rand drängen oder zum Schweigen bringen können, was sich nicht an ihnen mißt«

²⁵ Ebd. S. 93.

²⁶ Vgl. Ebd. S. 94: »Wie würden unsere großen Medienmaschinen [...] sich einem Rimbaud [...], einem Nietzsche oder Proust, einem Kafka oder Joyce gegenüber verhalten? Könnten sie überhaupt etwas mit ihnen anfangen? Diese Autoren wurden zunächst von einer Handvoll Lesern gerettet (minimale Einschaltquoten!)«

²⁷ Ebd. S. 95.

Meinung durch Desinformation und Etikettenschwindel in monopolartigen Strukturen aufzuklären. Diese bedarf allerdings der *Sichtbarkeit*, um von einer stetig wachsenden Gruppe wahrgenommen werden zu können. Weiteres Gebot ist die *Vernetzung*, um sich über beschriebene Vorgänge und deren Hintergründe austauschen zu können. Der Rückgriff auf die Mittel der Informations- und Kommunikationstechnologie scheint m.E. schon deshalb geboten, weil sie, anders als noch vor 20 Jahren, heute durchaus imstande sind, die Zensur der Quote zu unterwandern.

Ich darf an dieser Stelle verkünden, daß sich die Gesellschaft für Bildung und Wissen e.V. (GBW) mit ihrer Plattform www.bildung-wissen.eu genau diesem Ziel widmet und empfehle die Website ihrer Aufmerksamkeit. Mit meinem Beitrag habe ich der Hoffnung Ausdruck verleihen wollen, daß die genannten Alternativen keine frommen Wünsche bleiben und die Lage nicht aussichtslos ist. Das Kölner Symposium sollte ein weiterer Schritt in Richtung Re-Demokratisierung sein.